

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 9-10

Artikel: Kundgebung zum 18. Mai 1911
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um viele Worte zu vermeiden, ein Beispiel: Es sei von Diebstahl und Christentum die Rede. Der Verteidiger der Einbrecherei sagt nun, „wir müssen doch auch anerkennen, dass der Einbrecher sich übt in Gewandtheit und Intelligenz und dass er die Nachtruhe seiner Mitmenschen durch Vermeidung von jeglichem Geräusch nicht stört“.

Der grösste Teil des Vortrages, soweit er sich auf Christentum und Krieg bezieht, besteht sodann in einem historischen Ueberblick über die Meinungen von Philosophen, Staatsmännern und Heerführern und über Versuche früherer Jahrhunderte, einen dauernden Frieden herbeizuführen. Dabei wird vom Vortragenden weniger darauf Gewicht gelegt, ob der Krieg als solcher verwerflich und darum energisch zu bekämpfen sei, sondern vielmehr darauf, ob der einzelne es seinem Gewissen gegenüber verantworten könne, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen. Darum handelt es sich aber heute gar nicht. Wir Pazifisten wenigstens stehen fast allgemein auf dem Boden der Anschauung, dass es selbstverständlich sei, Militär- und Kriegsdienst zu leisten, solange der Krieg als Institution besteht. Aber wir sind der Ansicht, dass heute der Krieg als solcher sich überlebt hat und zumal vom christlichen Standpunkte aus, den ja der Vortragende vertritt, halten wir ihn absolut für verwerflich. Wir glauben sogar, dass es wesentlich der Sauerteig des christlichen Geistes ist, der allmählich die Nationen durchdringt — ob sie selbst es zugeben oder nicht — welcher die moderne Friedensbewegung immer mehr erstarken lässt.

Schliesslich sagt der Vortragende selbst: „Nur dann ist der ewige Friede eine Wohltat, wenn er aus der Selbstlosigkeit der Menschen herauswächst.“

Wir finden aber, dass der Wunsch nach Frieden mit dem Nachbar ein Zeichen dieser erwachenden Selbstlosigkeit ist; denn der Krieg ist das Gegenteil, er ist die verkörperte Selbstsucht, die das Recht des Stärkeren anerkennt. Geben wir nun aber zu, dass bei allem guten Willen doch stets Streiffälle zwischen verschiedenen Nationen vorkommen können, ja vorkommen müssen, so wird eben eine gesittete Menschheit darum nicht gleich nach Blut schreien, sondern sie wird den Weg der Verständigung beschreiten. So kommt man ganz naturgemäss zum Gedanken des internationalen Schiedsgerichts. Aber gerade darauf ist der Vortragende schlecht zu sprechen.

Hören wir den Schluss des vorliegenden Berichtes: „In einem markigen Schlusswort führte Oberst von Sprecher nach der Diskussion noch folgende Gedanken aus: Das hier zugrunde liegende Problem ist die Frage nach Gottes Weltordnung. Der Krieg ist so wenig Gottes Weltordnung als die Sünde. Solange Sünden auf Erden sind, solange ist Krieg zwischen Menschen und Staaten. Von den Schiedsgerichten muss ich gering denken. Friedenskongresse haben nichts zustande gebracht, sogar das Schiedsgericht ist nicht von ihnen eingeführt. Den Schiedsgerichten gehört nicht die Zukunft. Sie gehört der brüderlichen Liebe. Wenn wir uns in unsere gegenwärtige Zeit versetzen,“ schloss der Referent, „und in die Zeit, die Ihnen noch für dieses Leben bevorsteht, so wird die Frage nach dem allgemeinen Frieden kaum für Sie praktisch werden. Die Frage aber ist für Sie praktisch, ob Sie den Kriegsdienst als etwas vom Standpunkt des Christentums aus Verwerfliches betrachten und verweigern wollen, oder ob Sie Ihren Dienst gewissenhaft leisten wollen.“

Dazu können wir nun nicht schweigen. Krieg zwischen Menschen und Staaten! Da haben wir die ewige Verwechslung von blutigem Krieg und sach-

lichem Streitfall. Wo ist denn „Krieg zwischen Menschen“? Ausnahmsweise, ja, geraten einmal im Rausch zwei Raufbolde mit den Messern aneinander. Wir wollen aber doch die Staaten nicht mit Trunkenbolden vergleichen, die sich gelegentlich totschiessen. Nein, gesittete Menschen gehen heute und schon seit Jahrhunderten vor den Richter, wenn sie einen Streitfall zu erledigen haben, und eben das verlangen wir auch für gesittete „christliche!“ Staaten. Wir Pazifisten gehen aber Schritt für Schritt und erwarten jetzt noch nicht von den Menschen eine so engelsgleiche Brüderlichkeit, dass nicht noch Streitfälle zwischen den Staaten vorkommen. Für solche Fälle haben die Friedenskongresse und die Friedensfreunde von jeher auf einen internationalen Schiedsgerichtshof hingewiesen, von dem der Herr Oberst — warum wissen wir nicht — gering denken muss. Schon der Graf J. J. von Sella, der im Jahre 1830 in Genf die erste Friedensgesellschaft auf Schweizerboden gründete, hat das internationale Schiedsgericht vorgeschlagen! Und mittelbar haben freilich die Friedenskongresse das Schiedsgericht zustande gebracht. Wer das leugnet, der müsste auch behaupten, nicht der Architekt, sondern der Mörtelträger und Steinhauer bauen das Haus. Und dann „den Schiedsgerichten gehört nicht die Zukunft“; aber die Gegenwart gehört ja schon recht eigentlich ihnen! Die Schiedsgerichtsidee feiert gegenwärtig wahre Triumphe, und nur zurückgebliebene Nationen verschliessen sich heute noch ihrem Siegeslaufe. Gewiss gehört eine sehr ferne Zukunft der brüderlichen Liebe. Aber uns will es scheinen, dass zwischen dem tollen Massenmord, wobei die Menschen einander, wie keine Bestie es so grausam tut, durch scheussliche Instrumente in Stücke zerreißen, und dem allgemeinen Bruderbund, können noch verschiedentliche Zwischenstationen existieren. Wir können den kühnen Sprung des Herrn Oberst aus dem Gewühl der blutigen Schlacht in den Frieden der brüderlichen Liebe leider nicht mitmachen. Wir halten dafür, dass es dazwischen einer langen Uebergangszeit bedürfen wird, in der man zwar noch streiten wird, aber die Barbarei des Krieges wird man endlich ablegen. Einmal aber muss damit begonnen werden, und wir finden, dass die „Frage nach dem allgemeinen Frieden“ für unsere gegenwärtige Menschheit gar sehr „praktisch“ geworden ist, und wir hoffen und erwarten, dass recht viele der akademischen Zuhörer des Herrn Oberst „in der Zeit, die ihnen noch für dieses Leben bevorsteht“, ihre ganze Kraft einsetzen werden für die Verwirklichung einer kriegslosen Zeit. Inzwischen aber, das sei dem Vortragenden zum Troste gesagt, werden sie und wir mit ihnen „den Kriegsdienst nicht verweigern, sondern unsern Dienst — wie bisher — gewissenhaft leisten.“ G.-C.

—o—

Kundgebung zum 18. Mai 1911.

Das Internationale Friedensbureau in Bern erlässt unterm 30. April folgendes Zirkular an die Friedensgesellschaften:

Werte Kollegen! Wir möchten Sie daran erinnern, dass Herr Felix Moscheles, der Begründer der Kundgebungen des 22. Februar, nach Kenntnissnahme der Vorschläge verschiedener Gesellschaften bezüglich dieses Datums, und mit der ausgesprochenen Absicht, die Einführung von zwei Friedenstagen zu vermeiden, sich für die Abänderung des vorgeschlagenen Datums ausgesprochen hat und dass die Kommission in ihrer

Sitzung vom 30. April 1910 beschlossen hat, dass einzig der 18. Mai als Friedenstag zu betrachten sei.

In Uebereinstimmung mit diesem Beschluss wurde für den alten offiziellen Friedenstag den Gesellschaften keine Resolution zugestellt.

Für die Versammlungen des 18. Mai haben wir die Ehre, Ihnen folgende, von Herrn Felix Moscheles redigierte und vom Internationalen Friedensbureau angenommene Resolution vorzuschlagen:

Wir, die Mitglieder der Friedensgesellschaft, versammelt in am 18. Mai 1911, erklären, dass, indem wir bei den allgemeinen Darlegungen jener Resolutionen verharren, die am Friedenstag zur Annahme gelangten, wir heute auf dem festen Grunde stehen, der für die Sache des Friedens durch die Beistimmung von Männern aller Klassen und Parteien gewonnen wurde.

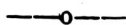
Bestimmte Vorschläge sind vor kurzem gemacht und in konkreter Form von Meisterhand formuliert worden.

An erster Stelle steht jener vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gemachte Vorschlag eines alle Streitfragen umfassenden anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages und jener andere Vorschlag, der die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes zum Zweck hat. Wir wollen uns mit allem Ernste der Förderung dieser und anderer verwandter Pläne widmen.

Besonders wollen wir jede Gelegenheit benutzen, die uns geboten wird, um eine so starke öffentliche Meinung hervorzurufen, dass unter ihrem Druck die Regierungen sich genötigt sehen werden, ihren Delegierten an die dritte Haager Konferenz ein Mandat zu geben, demzufolge sie für die Verminderung der Rüstungen nachdrücklich eintreten können.

Wir richten an alle Regierungen das Ersuchen, geeignete Kommissionen einzusetzen, um die Beschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen herbeizuführen.

Und endlich verpflichten wir uns zum unentwegten Kampfe gegen den Druck der Gewalt und Ungerechtigkeit. Unter der Herrschaft der Gerechtigkeit und des Wohlwollens sollen die Rechte und Pflichten eines jeden Mitgliedes der menschlichen Familie Achtung und Würdigung finden, zum Heil und Segen der ganzen Menschheit.



Religion und Völkerfriede.

Eine öffentliche Versammlung war von der Deutschen Friedensgesellschaft am 5. April nach den Kammersälen in Berlin einberufen worden, um die Stellung der Religionsgesellschaften und Konfessionen zu den Bestrebungen der Weltfriedensbewegung zu erörtern. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal überfüllt, und auch die Galerien waren bis auf den letzten Platz besetzt. Bald füllte sich auch der anschliessende Nebensaal, zu dem die Türen geöffnet waren, mit Männern und Frauen, die Kopf an Kopf gedrängt standen.

Am Vorstandstische sassen Vertreter der evangelischen Landeskirche, der Heilsarmee, der jüdischen Gemeinde, der bischöflichen Methodistenkirche und des Deutschen Monistenbundes. Es fehlten Vertreter der römisch-katholischen Kirche. Der Vorsitzende, Pastor Franke, gab die Aufklärung über das Fehlen der Katholiken durch die Mitteilung, dass die Friedensgesellschaft sich an fünfzig katholische Geistliche

mit der Bitte um aktive Beteiligung an der Versammlung gewandt, aber nur von einem eine Antwort erhalten habe, und zwar eine ablehnende. Von der russischen Friedensgesellschaft in Moskau war ein vom Fürsten Dolguriki unterzeichnetes Schreiben eingegangen, in dem betont wird, dass die Völker der beiden benachbarten grossen Reiche einig seien in dem Streben nach dem Weltfrieden.

Der erste Referent war der evangelische Pfarrer Nithack-Stahn von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Er fertigte in geschickter Weise die von verschiedenen Seiten gegen die Friedensbewegung vorgebrachten Einwände ab. Dass der Krieg den christlichen Geboten widerspricht, sei selbstverständlich, es werde aber dieser Widerspruch als unvermeidlich bezeichnet. Demgegenüber müsse er sagen, es sei nicht nur unchristlich, sondern auch unsittlich, an einem solchen Widerspruch achselzuckend vorüberzugehen, ohne ihn aufheben zu wollen. Soweit dürfe sich keine Religion von ihren vitalsten Grundsätzen entfernen, dass sie die Moral der Nächstenliebe, der Humanität herausstreicht aus der christlich beeinflussten Menschheit. Diese Moral gilt nicht nur zwischen den einzelnen, sondern auch zwischen den Völkern. Man sagt: edel sei es, für das Vaterland zu sterben, richtiger wäre es aber zu sagen: edel est es, für das Vaterland leben! (Beifall.) Man lässt zu oft die Dichter vom Kriege reden, und zwar solche, die nicht dabei gewesen sind. (Sehr richtig!) Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg bezeichnete in seiner letzten Rede den Weltfrieden als eine Utopie. Gewiss, es gibt Utopien. Ich halte zum Beispiel den platonischen Philosophenstaat für eine Utopie, nach der ausgerechnet immer der Weiseste und Beste den Staat leitet. (Sehr gut!) Die Friedensidee ist aber keine Utopie, sondern ein berechtigter Optimismus, der uns auf die Weiterentwicklung der Menschheit vom Faustrecht zur Gesittung hoffen lässt. Es ist nicht wahr, dass man für den Krieg rüsten müsse, wenn man den Frieden wolle. Diese Ueberspannung der Rüstungsausgaben kann man nicht Frieden nennen, sondern muss man chronischen Kriegszustand nennen. Warum soll nicht der Haager Schiedsgerichtshof zu einem Völkerparlament auswachsen, das ohne Krieg die Differenzen der einzelnen Völker schlichten könnte? Es sollte schliesslich den Staaten die Unterwerfung unter solche Schiedssprüche zur Pflicht gemacht werden und eine Art Exekutive gegenüber den Widerstrebenden eintreten, die durchaus nicht immer Krieg zu sein braucht. Unseren Diplomaten muss endlich klargemacht werden, dass das Volksempfinden nicht den Krieg will, sondern den Frieden. Der Reichskanzler sagte: Der Völkerfrieden sei unmöglich. Ich antworte mit dem Wort des grossen Engländers Thomas Carlyle: „Alle grossen Dinge sind anfangs unmöglich!“ (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent, Rabbiner Dr. Warschauer von der jüdischen Gemeinde, wies in eingehenden theologischen Ausführungen unter Berufung auf die Lehren der jüdischen Propheten nach, dass die jüdische Religion immer den allgemeinen Völkerfrieden als das Ideal betrachtet habe.

Dr. Vielhaber, der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Monistenbundes, legte zunächst mit rücksichtsloser Schärfe den grossen Gegensatz zwischen den christlichen Konfessionen und dem antikonfessionellen Monistenbund dar, der eine Kulturgesellschaft darstelle. Das Christentum habe oft genug den Krieg gefördert. Das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Staat sei nicht nur unchristlich, sondern auch kulturwidrig. Bei all diesen tiefen Ge-